

schuldung, in der Überfremdung Westdeutschlands und schließlich in den nadi fünf Jahren mit unverminderter Heftigkeit laufenden Demontagen sind so offensichtlich, daß sich weitere Ausführungen darüber wohl erübrigen dürften. Fünf Jahre nach Kriegsende ist der eklatanteste Erfolg der Befreiungspolitik im Westen: Demontage, Demontage, Demontage, um von allem anderen zunächst zu schweigen.

Kann man es meiner Partei darum übelnehmen, wenn wir zu dem Schluß gekommen sind, daß wir den Weg, den wir hier vor fünf Jahren angetreten haben und den wir auch vor zweieinhalb Jahren entschlossen weitergegangen sind, auch weiterhin zu gehen gedenken, daß wir auch weiterhin auf das Geschwätz der Kaiser und seiner Agenten hier in unserer Republik nicht einzugehen gedenken, daß wir uns mit den Spalterergebnissen Kaisers begnügen werden und uns hier nicht spalten lassen werden, daß wir weiterhin geschlossen im Block mit den übrigen demokratischen Parteien zusammen kämpfen werden für eine endgültige Befreiung ganz Deutschlands, für einen endgültigen Abzug aller Besatzungstruppen und für einen Abschluß eines Friedens für Gesamtdeutschland?

Wenn wir diesen Entschluß aber gefaßt haben und wenn wir ihm treu bleiben wollen, dann kann es für uns nur die Folgerung geben, mit unermüdlicher Kraft weiterhin in den Reihen der Nationalen Front zu kämpfen, weiterhin uns dafür einzusetzen, daß auch die kommenden Wahlen unser Volk in der Deutschen Demokratischen Republik nicht zu zersplittern vermögen, sondern daß wir in einem gemeinsamen Bekenntnis, in gemeinsamen Wahlvorschlägen uns dafür aussprechen, daß der Weg des Vertrauens, der Weg der Verständigung, der Weg des Friedens auch in der Zukunft weiter beschritten wird.

Darum erklärt sich die Christlich-Demokratische Union mit der vorgelegten Entschliebung einverstanden und spricht nochmals ihren Dank der sowjetischen Regierung und der Regierung der Polnischen Volksrepublik für das Vertrauen aus, das die beiden Regierungen dem deutschen Volk entgegengebracht haben.

(Beifall)

Vizepräsident Rambo:

Es spricht jetzt Herr Abgeordneter Dr. Liebler für die Liberal-Demokratische Fraktion.

Abg. Dr. Liebler (LDP):

Meine Damen und Herren! Es scheint uns, als ob die Erklärung, die Generalissimus Stalin in der Frage der Reparationen abgegeben hat, und die Erklärungen, die daraufhin als Sprecher der Deutschen Demokratischen Republik und des deutschen Volkes der Herr Ministerpräsident uns heute hier bekanntgegeben hat, eine wesentlich g'größere Bedeutung haben, als man es in vielen Kreisen wahr haben will und zuzugeben bereit ist. Wir sehen in dem Entgegenkommen dem deutschen Volk gegenüber einen weiteren Stein in einer konsequenten Politik, die ihren Ausdruck gefunden hat in dem Worte des großen Chefs der sowjetischen Regierung, das dahin ging, daß das deutsche Volk leben wird und leben soll. Es ist ein Zeichen hoher staatsmännischer Klugheit, das die Regierung der Sowjetunion dokumentiert, daß mit dem Siege der Kriegswaffen der Krieg noch keineswegs gewonnen ist, sondern daß nur derjenige den Krieg endgültig zu gewinnen in der Lage ist, der auch den Frieden gewinnt.

(Sehr richtig!)

Auf diesem Wege erscheint es uns, als ob die Sowjetunion der Welt gezeigt hat, wie man den Frieden zu gewinnen in der Lage ist, indem man einem Volk, das sehr leicht zum Pessimismus neigt, immer wieder das

Gefühl vermittelt: wir sind nicht mehr die Feinde von gestern, sondern wir sind eure Freunde heute' und auch in der Zukunft.

(Beifall)

Das Problem, den Frieden zu gewinnen, wird uns hier in einer Beleuchtung von den Regierungen der Sowjetunion und der Polnischen Volksrepublik gezeigt, die uns klar macht, worin ein weiterer Unterschied in der politischen Zielsetzung dieser beiden Völker und der Völker des Westens liegt. Der Grundsatz „si vis pacem, para bellum“ — wenn du den Frieden willst, bereite den Krieg vor — erlebt seine verwerflichste Blüte und seine vollendetste Auswirkung in der Tat in der Politik, die vom Westen und von den westlichen sogenannten Demokratien uns jetzt vorgelebt wird. Manchmal hat man das Gefühl, daß der Grundsatz, den wir während der Nazizeit immer wieder als Richtschnur und als Festigung unserer Gesinnung empfunden haben, jetzt auch wieder mit dem gleichen Recht gegen die westliche Politik angewendet werden kann, nämlich der Satz: Wen der Herr verderben will, den schlägt er zuvor mit Blindheit.

Es erscheint uns so, als ob auch im Westen der letzte Krieg, seine Ursachen und Auswirkungen noch immer nicht den nötigen Verstand bei denen ausgelöst haben, die, glaube ich, ihre ganze politische Arbeit nur auf eines abstellen, nämlich darauf, daß die Kriegsindustrie nicht eines Tages an ihrer eigenen Überproduktion zum Stehen kommt und daß immer laufend für den Absatz der gefertigten Kriegsinstrumente gesorgt wird. Und hierin, meine verehrten Damen und Herren, liegt die große Gefahr. Man kann nicht auf die Dauer Granaten drehen und Kanonen bauen, wenn man nicht eines Tages dafür Sorge trägt, daß der Absatz, nämlich in einem neuen Krieg, gesichert ist.

Hier sollte man, glaube ich, auch in dieser Stunde unsere deutschen Freunde im Westen ansprechen und ihnen sagen: Erkennt endlich, welchen politischen Weg wir hier in der Deutschen Demokratischen Republik seit Monaten, ja, seit Jahr und Tag gehen, und vergleiche damit endlich einmal den Weg, auf dem ihr nach unserer Überzeugung mit Sicherheit in das Unglück geführt werdet!

Wir sind der Sowjetunion und ihren Bürgern und Bürgerinnen zu großem Dank verpflichtet, daß sie uns die Möglichkeit geben, nun zu übersehen, was wir im Rahmen einer selbstverständlichen Wiedergutmachungspflicht an Leistungen in den nächsten Jahren zu erbringen haben und was uns aus der Produktion unserer Werkstätigen für unser eigenes Volk übrigbleibt. Jetzt hat — hier spreche ich im Namen der Mitglieder meiner Fraktion — das deutsche Volk nun endlich die Klarheit bekommen, die zu einer erneuten und weiteren Hebung des Lebensmutes unserer Menschen beitragen wird. Auf Grund dieses Schrittes unserer beiden Freunde im Osten, des polnischen Volkes und der Sowjetunion, wissen wir, daß wir nun neuerlich Boden unter den Füßen haben und daß wir aus einer freundschaftlichen Gesinnung dieser Völker heraus schaffen und arbeiten können, daß wir aber daraus auch eine neue Verpflichtung für uns herzuleiten haben, nämlich die Verpflichtung, das uns erneut geschenkte Vertrauen, die uns erneut gewährte Erleichterung zu beantworten mit einem unbeirraren, klaren und festen Bekenntnis zu unserem ehrlichen Willen, mit diesen Völkern nur noch in Freundschaft und Frieden verbunden zu bleiben.

Ich glaube, unsere Freunde im Westen werden eines Tages einmal erkennen müssen, wie die angeblichen Wohltaten, die sie jetzt genießen, von ihnen teuer und bitter bezahlt werden müssen. Es ist ja ein offenes Geheimnis, daß bereits neutrale Staaten oder Staaten, die sich bisher an kriegerischen Auseinandersetzungen